

Beschluss des Landrats vom 25.06.2020

Nr. 472

2. Zur Traktandenliste 2019/801; Protokoll: bw, ble

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass die Wahlen für die Präsidien und Vizepräsidien von Landrat und Regierungsrat heute Nachmittag, ab ca. 14.30 Uhr stattfinden. Aus diesem Grund soll nach Traktandum 3 gleich mit Traktandum 9 weitergefahren werden.

://: Die Traktandenliste wird beschlossen.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Interpellation 2020/325 von Christina Jeanneret «Covid 19 Vorsorgestrategie zur Verhinderung einer zweiten Infektionswelle»*

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) teilt mit, der Regierungsrat lehne Dringlichkeit ab.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) erklärt, die gestellten Fragen können entweder durch öffentlich zugängliche Informationen beantwortet werden oder bedürfen einer aufwändigeren Erklärung. An der Medienkonferenz vom 09.06.2020 kam beispielsweise zum Ausdruck, dass das Amt für Gesundheit diese Zuständigkeiten hat. Die öffentliche Ausschreibung des Amtes des Kantonsarztes umfasst 100 %. Die Beantwortung der Frage nach der Struktur des Krisenstabs usw. ist etwas aufwändiger, denn offensichtlich braucht es noch Erklärungen über die Führungsabläufe und deren Einbettung. Der Regierungsrat lehnt aus diesen Gründen Dringlichkeit ab.

Christina Jeanneret-Gris (FDP) stellt voran, dass bekanntlich seit letztem Montag die Pandemiebekämpfung auf kantonaler Ebene stattfindet, daher handelt es sich um eine dringliche Anfrage. Leider hat sie nicht den Eindruck, durch die Medien gut informiert zu sein. Die Landrätin suchte nach dem Stelleninserat für einen Kantonsarzt, ohne fündig zu werden, fand aber heraus, dass Solothurn und Biel einen suchen. Es konnte gesehen werden, dass es eine Teilzeitvertretung gibt, die schon zweimal ersetzt wurde. Diesbezüglich macht sich die Votantin Sorgen um die Zukunft des Kantons. Man wird das Tracing machen müssen und die neuen Infektionen verfolgen. Die Fragen sind dringlich, denn im September befindet man sich eventuell mitten in der nächsten Welle, daher die Bitte ans Landratskollegium, der Dringlichkeit stattzugeben.

://: Die Dringlichkeit wird mit 40:40 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt, weil das 2/3-Mehr verpasst wird.

- *Zur Frage der Dringlichkeit: Motion 2020/324 von Anita Biedert «Erhalt von Lehrstellen»*

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, der Regierungsrat lehne Dringlichkeit ab.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) begründet die Ablehnung der Dringlichkeit in Vertretung von Regierungsrätin Monica Gschwind, welche bis zum frühen Nachmittag an der Erziehungsdirektorenkonferenz weilt.

Vor 14 Tagen wurde eine dringliche Interpellation zu diesem Thema beantwortet. Die Sachlage und auch die Rechtsgrundlage haben sich seither nicht verändert. Wenn man ein Gesetz erarbeiten müsste, so bräuchte es entsprechend Zeit.

Zur Lehrstellensituation: Man hat 600 offene Lehrstellen und ca. 200 Schülerinnen und Schüler, die jetzt noch auf das betreffende Schuljahr hin eine Lehrstelle suchen. Es sind genügend Lehrstellen vorhanden und es wurden lediglich 9 % weniger Lehrverträge im Vergleich zum letzten Jahr

abgeschlossen. Die Hauptabteilung Berufsbildung sieht die Situation als stabil an. Der Rekrutierungsprozess hat sich tatsächlich wegen Covid ein wenig in die Länge gezogen, aber man ist zuversichtlich, dass die Stellen noch gefüllt werden. Der Auslöser für die Motion ist grundsätzlich ein Einzelfall, eine Firma aus der Eventbranche, die gestern von den zuständigen Stellen empfangen wurde; es werden individuelle Lösungen gesucht. Der Erhalt von Lehrstellen ist dort ein Tropfen auf den heissen Stein. Die Eventbranche hat grundsätzliche Probleme. Es müssen, wo nötig, mit gezielten Massnahmen die Lehrlinge unterstützt werden. Und im Hinblick auf die Jahre 2021 und 2022 wurde bereits eine Taskforce zur Lehrstellenförderung eingesetzt, mit welcher die Wirtschaftskammer, Handelskammer, Standortförderung und Hauptabteilung Berufsbildung das Problem gezielt angehen. Die Dringlichkeit der Motion ist daher nicht gegeben.

Anita Biedert (SVP) dankt Regierungsrat Thomas Weber für die Ausführungen. 91 % der Lehrbetriebe sagen, die Krise habe künftig Auswirkungen auf die Lernenden. Die Eckdaten sind bekannt. Die Motion entstammt der Eventbranche. Hier ist es unmöglich, dass die Lernenden in einen anderen Betrieb wechseln und Fuss fassen können. Man versucht sie mit virtuellen Aufgaben zu beschäftigen, weiss aber nicht, wie es im Sommer 2020 aussehen wird und ob man die Lernenden weiterhin behalten kann. 17 % der Unternehmen sagen, dass die Lehrstellenbesetzung künftig nicht mehr so aussehen wird wie bis anhin. In punkto Weiterbeschäftigung der jungen Menschen stellen sich einige Fragen. Im weitesten Sinn sind tausende Lehrstellen in Gefahr. Die Motionärin ist bereit, ihren Vorstoss in ein – nach wie vor dringliches – Postulat umzuwandeln. Der Auftrag ist nicht per se, einen Fonds zu bilden, sondern der Kanton soll gemäss seiner Vorbildfunktion ein Zeichen setzen und ein geeignetes Instrument finden, um den jungen Menschen Hilfe zu bieten.

Gemäss Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) ändert die Umwandlung in ein Postulat nichts. Die laufenden Aktivitäten zum wichtigen Thema der Berufsförderung sowohl bei der BKSD wie auch in der Standortförderung sind Teil des Grundauftrags. Es müssen Lösungen gesucht werden. Vermutlich wird das Postulat auf ordentlichem Weg entgegengenommen werden können.

Klaus Kirchmayr (Grüne) findet, die Umwandlung in ein Postulat ändere die Situation der Dringlichkeit. Denn es wäre so dem Landrat einfacher und schneller möglich, den entsprechenden Bericht in Auftrag zu geben. Da nach Aussage des Regierungsrats das Postulat voraussichtlich entgegengenommen würde, könnten die entsprechenden Diskussionen wieder relativ rasch im Landrat geführt werden. Der Dringlichkeit soll stattgegeben werden.

://: Die Dringlichkeit wird mit 49:34 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt, weil das 2/3-Mehr verpasst wird.

– *Zur Frage der Dringlichkeit: Motion 2020/326 von Simone Abt «Rettung von auf den griechischen Inseln gestrandeten Flüchtlingen»*

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert, dass der Regierungsrat der Dringlichkeit stattgegeben habe.

Andi Trüssel (SVP) ist der Ansicht, es handle sich hierbei um eine Bundesangelegenheit und nicht um eine Kantonsangelegenheit, weshalb die SVP-Fraktion Dringlichkeit ablehnt.

Auch **Andreas Dürr** (FDP) und die FDP-Fraktion lehnen die Dringlichkeit ab. Allein die Idee einer Standesinitiative ist so schwerfällig, dass dies der Dringlichkeit widerspricht. Da kann man dem Elefanten noch so viele Rotoren anschnallen, das bringt nichts.

Simone Abt (SP) dankt dem Regierungsrat für die Einschätzung und Andreas Dürr für sein Bonmot. Der Vorstoss alias fliegender Propellerelefant sei dennoch dringlich. Er dient der Unterstützung entsprechender Bestrebungen auf Bundesebene und wurde im März vorbereitet, konnte dann aber aufgrund von COVID-19 nicht eingereicht werden. Nach Wiedereröffnung der Grenzen ist die Zeit gekommen, den betroffenen Menschen zu Hilfe zu kommen – über die zuständige Bundesebene, die in der Tat bereits aktiv ist. Unterstützung aus den Kantonen soll zeitlich parallel erfolgen. Dies ist beispielsweise mit einer solchen Standesinitiative möglich. Es ist dem Regierungsrat aber unbenommen, ein anderes, geeigneteres und flinkerer Mittel zu wählen. Idee ist es, in Zusammenarbeit mit anderen Kantonsregierungen mit ähnlichen Ansinnen das Problem anzugehen. Die Motionärin bittet ihre Landratskolleginnen und –kollegen, den Vorstoss dringlich zu erklären und die Einschätzung des Regierungsrats zu honorieren.

Laura Grazioli (Grüne) stellt fest, dass sich an der Grenze zu Europa eine humanitäre Katastrophe abspielt – und alle wissen das. Der Nationalrat hat dies in der letzten Woche mit grosse Mehrheit anerkannt. Acht Schweizer Städte haben Anfang dieser Woche ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen signalisiert, Drei Petitionen mit über 50'000 Unterschriften wurden in dieser Woche eingereicht, welche eine sofortige Evakuierung der Flüchtlinge von den griechischen Inseln fordern. Dringend angesagt sind jetzt entsprechende Taten. Nun hat der Kanton die Chance, dem Wunsch nach solchen Taten ebenfalls Ausdruck zu verleihen und die Chance zu erhöhen, dass auf Bundesebene rasch und effektiv etwas passiert. Wenn der Umgang mit der Coronakrise etwas gezeigt hat, so das: Wo ein politischer Wille ist, ist alles möglich. Humanitäre Katastrophen machen keine Sommerpause. Die Rednerin bittet eindringlich, der Dringlichkeit stattzugeben. Die Grüne/EVP-Fraktion wird diese grossmehrheitlich unterstützen.

://: Die Dringlichkeit wird mit 42:38 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt, weil das 2/3-Mehr verpasst wird.
